

**Zeitschrift:** Wohnen  
**Herausgeber:** Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger  
**Band:** 95 (2020)  
**Heft:** 3: Küche  
  
**Rubrik:** Verband

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



## Ein Julierturm für Wohnbaugenossenschaften

Seit vier Jahren steht auf dem Julier etwas baurechtlich Unmögliches: ein roter Turm, ein an die dreissig Meter hohes Dekagon. Aus Holz gebaut, ragt er aus der kargen und doch sanften hochalpinen Landschaft auf der Passhöhe.

Hier, im Nichtbaugelände, auf über 2200 Metern über Meer, veranstaltet sein Erfinder, Giovanni Netzer, Theateraufführungen und Konzerte auf höchstem Niveau. Ein grosses Erlebnis, auch weil der Blick der Besucherin immer wieder von der Rundbühne zur grossartigen Umgebung nach draussen schweift, die durch fünfzig Bogenfenster hereinschaut.

Auf diese Idee muss man erst mal kommen. Sie ist ungemein kühn, obwohl dort in etwa schon zu Zeiten der Römer ein Jupitertempel und später eine Kapelle gestanden haben. Die Idee ist ein Symbol für die Einheit von Natur und Kultur. Und sie ist ein Symbol für den Mut, «Unmögliches» zu denken und dann auch noch zu realisieren.

Vor einem Monat habe ich an dieser Stelle die Aufbruchstimmung bei WBG Schweiz beschrieben. Wie weit will die DV gehen, wenn sie im kommenden Juni die Weichen neu stellt? Alle Gremien werden für eine neue dreijährige Amtszeit gewählt, und auch eine neue Strategie soll beschlossen werden. Ich bin zuversichtlich, dass WBG Schweiz in der eigenen soliden Tradition, aber auch mutig und entschlossen zu neuen Ufern aufbrechen wird.

Der Julierturm soll Ende 2020 wieder abgebaut werden. Er war immer als provisorische Baute geplant. Das soll den strategischen Meilensteinen und den guten Projekten von WBG Schweiz und seinen Mitgliedern natürlich nicht widerfahren, auch wenn sie hoffentlich ebenfalls ein bisschen von der Kühnheit des Julierturms in sich tragen. Gemeinsam ist vieles möglich.

*Louis Schelbert, Präsident Wohnbaugenossenschaften Schweiz*

Nationale Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

## Achtungserfolg – aber es bleibt noch viel zu tun

Am 9. Februar 2020 sagten 57 Prozent der Stimmenden Nein zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen». Wohnbaugenossenschaften Schweiz bedauert, dass die Wohninitiative keine Mehrheit gefunden hat. Dennoch erreichte sie eine beachtliche Zustimmung: 43 Prozent der Stimmenden, zahlreiche Städte und die fünf Kantone Basel-Stadt, Neuenburg, Genf, Waadt und Jura sagten Ja zur Initiative. In den Städten erreichte sie zum Teil eine sehr hohe Zustimmung: In Lausanne sprachen sich fast 75 Prozent für die Initiative aus, in Genf, Bern, Zürich und Basel waren es über 60 Prozent.

Das Abstimmungsresultat ist für Wohnbaugenossenschaften Schweiz ein deutliches Signal für mehr gemeinnützigen Wohnungsbau. Ein bedeutender Teil der Schweizer Bevölkerung sieht Handlungsbedarf und befürwortet verstärkte Massnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Die vom Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz lancierte Initiative stiess weit über die links-grüne Wählerschaft auf Unterstützung. Dass die Zustimmung in den Städten viel höher war als auf dem Land, erstaunt nicht. Denn in den Zentren übersteigt die Nachfrage das Angebot und sind günstige Wohnungen Mangelware. Wer den Handlungsbedarf jedoch einzig bei den Städten sieht, liegt falsch. Auch der Bund steht in der Pflicht, die Städte bei der Wohnfrage zu unterstützen. Denn die Bundesverfassung verpflichtet ihn bereits heute zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Im Vorfeld der Initiative wurde viel über den gemeinnützigen Wohnungsbau gesprochen. Breite Kreise anerkannten dabei den Beitrag der Wohnbaugenossenschaften zur Lösung der Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Der Fonds de Roulement, aus dem gemeinnützige Wohnbauträger zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen beziehen können, wurde von allen Parteien als ziel führendes Instrument der Wohnraumförderung vorgebracht. Das war nicht immer so: In der Vernehmlassung zur Aufstockung des Fonds de Roulement äusserten sich die FDP und die SVP noch ablehnend zur Vorlage. Auf diesem breiten Konsens, dass der gemeinnützige



Wohnungsbau einen wichtigen Beitrag zur Wohnungsversorgung in der Schweiz leistet und die bestehende Bundesförderung verstärkt weitergeführt werden soll, baut der Verband auf. Auch nimmt er die Kritiker der Wohninitiative beim Wort: In der Abstimmungskampagne betonte die Gegenseite wiederholt, die Probleme auf dem Wohnungsmarkt müssten auf lokaler Ebene gelöst werden. Wohnbaugenossenschaften Schweiz fordert von der Gegenseite, jetzt konstruktiv mitzuhelfen, dass insbesondere in den Gebieten, wo sich eine Mehrheit für die Initiative ausgesprochen hat, rasch Massnahmen für mehr gemeinnützigen Wohnungsbau ergriffen werden können.

Mit dem Nein zur Initiative wird nun der Fonds de Roulement für die nächsten zehn Jahre um 250 Millionen Franken aufgestockt. Dieses gezielte, effiziente Fördermittel ist von grosser Bedeutung. Aber es genügt nicht, um den Marktanteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu erhöhen. Neben finanziellen Massnahmen braucht es insbesondere einen besseren Zugang zu Grundstücken. Hier sind wir alle weiterhin gefordert, griffige Lösungen zu finden. Wir bleiben dran. *lg*

Im Vorfeld der Abstimmung lancierte Wohnbaugenossenschaften Schweiz eine Mobilisierungskampagne unter dem Motto «Genossenschaft. Die beste Wohnform.». Die Kampagne stiess auf reges Interesse. Unsere Mitglieder sowie interessierte Privatpersonen bestellten Hunderte von Balkonfahnen und Plakaten und hängten sie in ihren Siedlungen auf. Rund zwanzigtausend Flyer wurden verteilt. Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern für das grosse Engagement!

Bern-Solothurn

## Wege zu mehr gemeinnützigem Wohnraum



Podiumsgespräch. Von links: Lea Gerber, Melanie Mettler, Daniel Blumer.

Am 16. Januar eröffnete der Regionalverband Bern-Solothurn sein 100-Jahr-Jubiläum mit einem Podium zum Thema «Es braucht Boden und Häuser! Wege zu mehr gemeinnützigem Wohnraum». Im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» thematisierte der Regionalverband damit ein aktuelles Thema. Der Präsident des Verbands, Jürg Sollberger, unterstrich in seiner Eröffnungsrede, dass Wachstum im gemeinnützigen Sektor nicht nur ein Neubauthe-

ma sei, und wies auf die neulancierte Kampagne zur sozialen Nachlassplanung hin (<https://hauskauf-wbg-beso.ch>). Die vom Regionalverband Nordwestschweiz übernommene Kampagne spricht einerseits Hausbesitzende an und informiert sie über die Möglichkeit, ihre Häuser zu einem fairen Preis einer Wohnbaugenossenschaft zu verkaufen. Andererseits bietet sie einen Leitfaden für Mieterinnen und Mieter, die eine Chance sehen, ihr Mietshaus zu einem angemessenen Preis mit einer Genossenschaft zu kaufen. Gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum gemeinnütziger Wohnungsbau berät der Regionalverband Bern-Solothurn Interessierte in solchen Fragen.

Auf dem Panel diskutierten unter der Leitung von Daniel Blumer (Kompetenzzentrum gemeinnütziger Wohnungsbau) nebst Ivo Balmer (Mietshäuser Syndikat Basel) und Rithy Chheng-Gysel (Mieterverband Bern) auch Lea Gerber (Wohnbaugenossenschaften Schweiz) und Me-

lanie Mettler (Nationalrätin glp) die Pro und Kontra der Initiative vom 9. Februar. Sie erklärten, warum es wichtig ist, dass Baugenossenschaften langfristig bezahlbaren Wohnraum schaffen. Verschiedene Voten beschäftigten sich damit, wie dies erreicht werden könnte. Dabei wurde die Bedeutung des Vorkaufsrechts unterstrichen, das Gemeinden bei Immobilienverkäufen eingeräumt werden soll. Rithy Chheng-Gysel betonte, dass die öffentliche Hand gemäss Verfassungsauftrag in der Pflicht stehe, einen Beitrag zum Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt zu erbringen. Melanie Mettler wiederum brachte die Idee eines Leistungskatalogs in Bezug auf soziale und ökologische Aspekte auf, der an Baubewilligungen geknüpft werden sollte. Lea Gerber und Ivo Balmer wiesen darauf hin, dass gerade die Gemeinnützigen solche Leistungen in der Praxis erbringen – begrüsst es aber, wenn solche Anforderungen verstärkt auch allen Bauträgern vorgegeben würden.

Nach dieser stimmigen Auftaktveranstaltung freut sich der Regionalverband Bern-Solothurn auf viele weitere anregende Anlässe und Gespräche im Rahmen der diversen Jubiläumsveranstaltungen in den Regionen Bern, Biel, Olten, Solothurn und Thun. *rva*

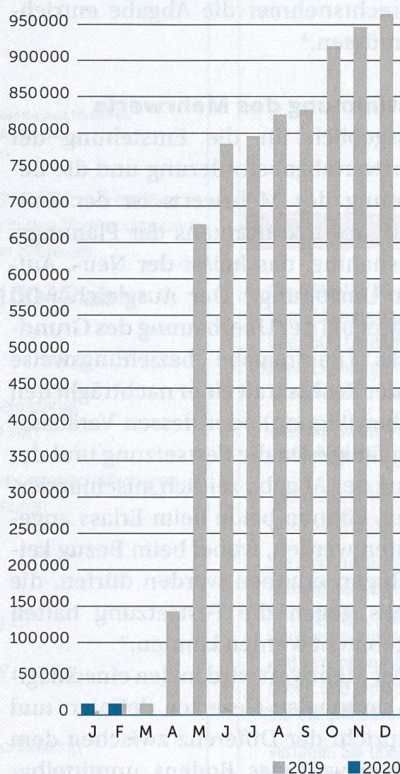
Solidaritätsfonds

### Mietshäuser Syndikat wächst weiter

Die 2015 gegründete Genossenschaft Mietshäuser Syndikat in Basel versteht sich als Dachgenossenschaft für selbstverwaltete Hausgemeinschaften. Im Gründungsjahr konnte die Genossenschaft an der Klybeckstrasse 101 die erste Liegenschaft mithilfe eines Darlehens des Solidaritätsfonds erwerben. In der Zwischenzeit wurden fünf weitere Liegenschaften gekauft. Zudem ist das Mietshäuser Syndikat daran, auf dem Lysbüchel-Areal den ersten Neubau zu realisieren, für den der Solidaritätsfonds ebenfalls bereits ein Darlehen sprach.

Im Rahmen der Kampagne «Soziale Nachlassplanung» des Regionalverbandes Nordwestschweiz erwarb die Genossenschaft 2019 eine Liegenschaft aus dem Jahr 1918. Der Blockrandbau befindet sich an der Vogesenstrasse im St.-Johann-Quartier. Das Mehrfamilienhaus ist in einem guten Zustand, so dass in den nächsten zehn Jahren keine grösseren Arbeiten getätigt werden müssen. Somit können die Mietzinse auf dem tiefen Niveau gehalten werden. Die Stiftung Solidaritätsfonds unterstützt die Finanzierung des Mehrfamilienhauses mit einem Darlehen von 150 000 Franken.

### Spendenbarometer (in CHF)



Kathrin Schriber, Geschäftsführung Stiftung Solidaritätsfonds, Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Bucheggstrasse 109, 8042 Zürich, Telefon 044 360 26 57, [www.wbg-schweiz.ch/solidaritaetsfonds](http://www.wbg-schweiz.ch/solidaritaetsfonds)

### Kommende Veranstaltungen

- 7. April 2020, 18–20.30 Uhr, Thun: Info-Markt & Podium «Generationenwohnen – Utopie oder Mehrwert?»
- 15. Mai 2020, 19–21 Uhr, Thun, Konzeption: Podium «Wohnstrategie und Arealentwicklungen in Thun, Biel und Bern» mit Raphael Lanz (Stadtpräsident Thun), Silvia Steidle (Gemeinderätin und Finanzdirektorin Biel), Michael Aebbersold (Direktor für Finanzen, Personal und Informatik, Stadt Bern)
- 16. Mai 2020, ab 9 Uhr, Ostermundigen, Wohnbaugenossenschaft Oberfeld: Aktionstag und Führungen in der autofreien Siedlung WBG Oberfeld
- 29. Mai 2020, Bern: Tag der Nachbarschaft, offene Türen und Anlässe bei gemeinnützigen Wohnbauträgern in und um Bern

[www.wbg-beso.ch/100jahre/agenda](http://www.wbg-beso.ch/100jahre/agenda)